



Hegelstr. 39
39104 Magdeburg

**Pressemeldung Nr. 31/09
12.09.2009**

GefiS fordert Fortführung der Gesundheitsinitiative in Dessau - Roßlau

Magdeburg. Anlässlich einer Gesundheitskonferenz mit dem Titel „Gesundheitspolitik der Zukunft“ wies die Gesellschaft für internationale Sozialpolitik (GefiS) mit Sitz in Dessau und Magdeburg darauf hin, welche Chancen in der aktuellen Wirtschaftskrise die Gesundheitswirtschaft und der Gesundheitsmarkt bietet. Als negatives Beispiel wies sie dabei exemplarisch auf eine verheerende Entwicklung im Nachgang einer von der CDU – Fraktion initiierten Gesundheitsinitiative hin. Die GefiS fordert die rasche Fortführung der im Sommer 2008 in Dessau-Roßlau begonnenen Gesundheitsinitiative.

Dazu Fremmer: „Gesundheitsinitiative heißt die Initiative ergreifen, endlich die regionalen Probleme des Gesundheitswesens und der Gesundheitswirtschaft anzugehen. Das heißt nicht, sich vorrangig um Prävention, Versorgung und Leitbilder zu kümmern, sondern die Chancen der Gesundheitswirtschaft für die Region Anhalt zu nutzen und auszubauen. Neue Arbeitsplätze durch neue Ansiedelungen in diesem Wirtschaftsbereich und damit ein wichtiger Beitrag zur Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung war das wichtigste Ziel des Projektes.“

Im SPD – Wahlprogramm wird zu Recht auf den Jobmotor Gesundheit und Pflege hingewiesen. Ungeklärt bleibt für die GefiS allerdings das Wie und das Wo. Gerade im ambulant – ärztlichen Bereich sind in Dessau – Roßlau viele Arztstellen unbesetzt. Eine kurzfristige Änderung der Situation könnte über einhundert neue Arbeitsplätze schaffen, Unbegreiflich ist in diesem Zusammenhang für Fremmer, dass die SPD mit ihren Gesundheits – und Wirtschaftsdezernenten an der Spitze nicht vehementer auf die Behebung des eingetretenen Schadens drängt und ihrerseits die Chance nutzt, zur regionalen Umsetzung ihres eigenen Wahlprogramms beizutragen.

Fremmer abschließend: „Der durch den Oberbürgermeister entstandene Schaden ist allerdings nicht mehr zu reparieren, da damals bereit stehende Investoren zwischenzeitlich andere Überlegungen angestellt haben.“